

31.05.2011 – PM 47/2011

EU-Freihandel mit Indien

IG BAU fordert von der Kanzlerin Einsatz gegen Kinderarbeit

Frankfurt am Main – Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) appelliert an Bundeskanzlerin Angela Merkel, bei ihrem Indienbesuch die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards in Indien einzufordern. „Der Handel mit Indien darf nicht auf Kosten der Schwächsten wachsen“, mahnte der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus Wiese­hügel. Im kommenden Jahr soll der bilaterale Handel zwischen Deutschland und Indien auf 20 Milliarden Euro steigen. Gleichzeitig bereitet die EU ein Freihandelsabkommen mit Indien vor, wonach indische Unternehmen ein Kontingent ihrer Arbeiter zu ihren Bedingungen in die EU entsenden können.

Die IG BAU kritisiert, dass die indische Regierung nicht entschieden genug auf die Einhaltung der Mindestanforderungen im Arbeitsbereich achtet. So ist etwa Kinderarbeit in Steinbrüchen, der Landwirtschaft und im Servicebereich an der Tagesordnung. Zudem fordert die IG BAU von der Bundesregierung, dass sie im geplanten EU-Freihandelsabkommen auf verbindliche Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie der Einhaltung von Sozialstandards drängt. „Die Kanzlerin muss vor Ort unmissverständlich klar machen, dass in Deutschland Waren aus menschenverachtender Produktion unerwünscht sind“, sagte Wiese­hügel. „Handelsvereinbarungen, die den Import solcher Produkte auch noch erleichtern, darf es nicht geben.“

Gleichzeitig warnt die IG BAU vor Nachteilen für deutsche Arbeitnehmer. Durch die in dem Abkommen geplante Entsendung indischer Beschäftigter in die EU drohen hierzulande negative Auswirkungen auf die Einkommensentwicklung. „Der Freihandel muss beiden Seiten dienen. Das tut er aber nicht, wenn indische Unternehmen ihre Mitarbeiter zu Niedriglöhnen und unterversorgt nach Deutschland entsenden dürfen und sich so der Druck auf die Löhne von hiesigen Beschäftigten weiter verschärft“, sagte Wiese­hügel.

(1820 Zeichen)